

# POLITISCHE BE (NACH) TEILIGUNG VON FRAUEN IN WESTAFRIKA

DEMIAN REGEHR ||

*„Eine Frau ist die Blume in einem Garten; ihr Mann der Zaun drum herum“.<sup>1</sup>*

Westafrika besticht durch große kulturelle Vielfalt. Diese Vielfalt spiegelt sich jedoch nicht in politischen Prozessen wider, wenn es um Geschlechterverhältnisse und Partizipation von Frauen geht. Nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche sind in den meisten Ländern der Region von patriarchalischen Strukturen geprägt. Frauen werden im Alltag meist stärker beansprucht als Männer und sind in ihrer Handlungsfreiheit oft eingeschränkt. Der Weg in die Politik ist ihnen weitestgehend verbaut, ihre politische Partizipation in fast allen westafrikanischen Staaten sehr gering. Nur selten sind Frauen an bedeutsamen Entscheidungsprozessen beteiligt; Gesetze werden in der Regel ohne weibliches Zutun ausgearbeitet, auch wenn weibliche Belange direkt davon betroffen sind. Ein politisches System, das nicht vermag, die Anliegen der Hälfte seiner Bevölkerung angemessen zu berücksichtigen, kann seiner Bezeichnung als „Demokratie“ kaum gerecht werden. Die Integration der westafrikanischen Frau in politische Prozesse, sowohl als Wählerin wie auch als gewählte Mandatsträgerin, wäre daher eine substantielle Voraussetzung für eine nachhaltige Verfestigung demokratischer Strukturen in der Region.

## **Ungleichbehandlung von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen**

Mehrere westafrikanische Staaten stellen Mann und Frau zumindest in ihren Verfassungen gleich.<sup>2</sup> Andere Länder, so etwa Burkina Faso oder Liberia, zeigten in den letzten Jahren Bestrebungen, eine rechtliche Gleichstellung auch mithilfe entsprechender Gesetzgebung zu fördern. Die Wirkung dieser Bemühungen wird allerdings dadurch beeinträchtigt, dass der Begriff „Diskriminierung“ meist einer klaren Definition in Rechtsprechung und Gesetzestexten entbehrt. Inwiefern somit eine Handlung tatsächlich den Tatbestand der „Diskriminierung“ erfüllt, ist im Zweifel eine Frage der Auslegung und als solche nach wie vor den oftmals altmodischen Ansichten der Gerichte unterworfen. Dazu kommt, dass viele Frauen nur unzureichend über ihren Zugang zu Recht informiert sind, da es die Politik bisher versäumt hat, entsprechende Aufklärungsarbeit zu leisten. Geringe Handlungsbereitschaft und unzureichende Ressourcenausstattung staatlicher Institutionen stehen dem Kampf gegen geschlechterspezifische Ungleichbehandlung in Westafrika oft im Wege.

Hierbei spielt auch der in der Region vorherrschende Rechtspluralismus, ein Relikt aus den Zeiten der Kolonialisierung, eine Rolle. Mit dem Ziel, afrikanische Rechtssysteme in der Post-Kolonialphase integrativ zu

gestalten, wurden traditionelles Gewohnheitsrecht und staatliches Recht nach westlichem Vorbild zumeist vermischt. Beim Aufbau dieser Strukturen wurden traditionelle Rechtspraktiken meist durch männliche Stammesführer übermittelt, die ihre Bräuche eigenmächtig und oft zum Nachteil der weiblichen Bevölkerung auslegten. Vielerorts verloren Frauen dadurch Rechte, die ihnen unter den traditionellen Strukturen zugestanden hatten. Insbesondere Heirats-, Scheidungs-, Erb- und Landnutzungsrechte enthalten im postkolonialen Gewohnheitsrecht eine Reihe diskriminierender Elemente und stehen damit häufig im Widerspruch zum staatlichen Recht. Für westafrikanische Frauen bedeutet der „moderne“ Rechtspluralismus somit überwiegend Nachteile.



**Bild 1:** „Junge Frauen in Nigeria tragen Wasser“, Quelle: Weltbank.

Der Alltag westafrikanischer Frauen wird oftmals bestimmt von Ungleichbehandlung, hoher Arbeitsbelastung, Armut und Gewalt. Das Aufziehen der Kinder, der Haushalt und die Pflege Alter und Kranker sind in Westafrika grundsätzlich Aufgaben der Frauen.

Gleichzeitig ist unter Ehepartnern eine gemeinsame Ressourcennutzung traditionell unüblich, so dass Männer ihr Einkommen gewöhnlich nicht mit ihren Frauen teilen; vielmehr müssen Letztere einen beträchtlichen Teil der Haushaltskosten selbst tragen und die notwendigen finanziellen Mittel hierfür eigenverantwortlich aufbringen. Um diese Herausforderungen zu bewältigen, gehen Frauen meist mehreren Tätigkeiten gleichzeitig nach – etwa in der Landwirtschaft oder als Kleinstunternehmerinnen. Durch ihre Doppelbelastung in Haus-

halt und Beruf werden sie daher stark gefordert; oft arbeiten sie länger und härter als ihre Männer. In Burkina Faso beispielsweise zählt der Arbeitstag der Männer durchschnittlich achteinhalb Stunden, während Frauen pro Tag etwa 14 Stunden arbeiten.<sup>3</sup>

Zwar wird die wirtschaftliche Situation westafrikanischer Frauen nicht explizit durch rechtliche Strukturen beeinträchtigt; diskriminierende soziokulturelle Faktoren verhindern jedoch substanzielle Einkommensverbesserungen. Vielerorts kontrollieren Ehemänner nach traditionellem Recht Arbeitskraft und Verdienst der Gattin. Obwohl in den meisten Fällen Steigerungen des Haushaltseinkommens nur durch den Einsatz der Frauen ermöglicht werden, wird dieser Zuverdienst dann oftmals von Ehemännern oder männlichen Verwandten beansprucht. Die patriarchalischen Strukturen in Westafrika stellen Land, Viehbestand, Werkzeug und Transportmittel in männlichen Besitz, so dass der weiblichen Bevölkerung ein Zugang zum Großteil der produktiven Ressourcen weitgehend verwehrt bleibt. Ebenso schlecht stehen ihre Chancen, an Kredite zu gelangen. Auch das vielfach hochgelobte Mikrokreditwesen hat hier keine spürbare Besserung erbracht. Vielmehr nahm dieses System in letzter Zeit eine Entwicklung an, die sich vermehrt durch Ineffizienz und Korruption kennzeichnet. Die Tätigkeiten westafrikanischer Frauen konzentrieren sich daher größtenteils im informellen Wirtschaftssektor. In Niger sind etwa 81 Prozent der Männer im formellen Sektor beschäftigt, aber nur sieben Prozent der Frauen.<sup>4</sup> Verbannt in den informellen Sektor profitieren Letztere nur selten von den Potentialen neuer Technologien und Wirtschaftszweige, und sind oftmals nicht in staatliche soziale Sicherungssysteme eingebunden. Es gelingt ihnen daher kaum, nachhaltig finanzielle Stabilität aufzubauen; Frauen leiden in Westafrika weitaus häufiger als Männer unter Armut.

Häusliche Gewalt und Genitalverstümmelung sind in Westafrika weit verbreitet

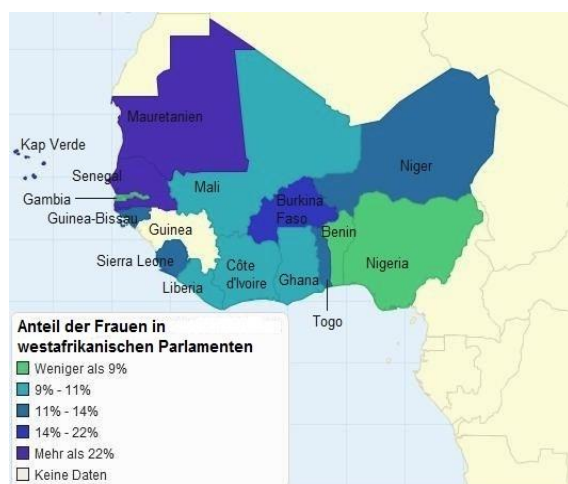
und Resultat eines kulturellen Systems, das Männern fast vollkommene Kontrolle über weibliches Verhalten gewährt und Gewalt gegen Frauen oft legitimiert. In Togo gaben 72 Prozent der im Rahmen einer Studie befragten Frauen an, bereits von ihrem Ehemann, männlichen Verwandten oder Lehrern geschlagen oder vergewaltigt worden zu sein.<sup>5</sup> In einigen westafrikanischen Staaten, so etwa Niger oder Mauretanien, sind bis heute weder häusliche Gewalt noch Genitalverstümmelung gesetzlich verboten. Allerdings werden Fälle selbst in Ländern, die über entsprechende Gesetzesregelungen verfügen - so etwa Ghana, Senegal, Togo und Burkina Faso - nur selten vor Gericht gebracht. Dies hat zweierlei Gründe: zum einen meiden Polizei und Behörden eine Einmischung in private Familienangelegenheiten; zum anderen ist es für Frauen so gut wie unmöglich, aus gewaltsamen Ehen auszubrechen. Der hohe gesellschaftliche Stellenwert, den die Institution Ehe in Westafrika einnimmt, zwingt Frauen in eine kulturell verankerte soziale Abhängigkeit; diese zu ignorieren, würde vielerorts bedeuten, sich gesellschaftlich zu isolieren. Aus Angst, von ihren Männern verlassen und als Alleinstehende stigmatisiert zu werden, toleriert ein Großteil der weiblichen Bevölkerung daher verbale und physische Misshandlungen, anstatt derartige Fälle an die Öffentlichkeit zu bringen.

Die Diskriminierung von Frauen in Westafrika beginnt bereits in jungen Jahren. Massive Chancenungleichheiten im Bildungssystem stellen früh die Weichen für spätere Benachteiligung. In vielen Familien wird der Wert von Töchtern primär an Koch- und Putzkünsten gemessen, ihre schulische Ausbildung gilt als zweitrangig. Entsprechend werden verfügbare Ressourcen primär in die Bildung der Söhne investiert. Die Konsequenz ist ein dramatischer Analphabetismus der weiblichen Bevölkerung, der Westafrikas Entwicklungspotential seit Jahrzehnten nachhaltig beeinträchtigt. Im internationalen Vergleich stellt die Region hier das Schlusslicht dar: sechs der zehn Länder

mit der weltweit niedrigsten Alphabetisierungsrate von Mädchen befinden sich in Westafrika.<sup>6</sup> Im Niger können 44 Prozent der Männer lesen und schreiben, jedoch nur 16 Prozent der Frauen. Ähnliches trifft für die meisten Staaten der Region zu.<sup>7</sup> Auch kommen Mädchen lediglich in den Genuss einer sehr viel kürzeren Ausbildung als Jungen. Diese geschlechterbedingte Ungleichheit nimmt mit fortschreitender Bildungsstufe zu: die Schere zwischen Jungen und Mädchen - während der Grundschulzeit noch relativ gering - weitet sich sodann im Verlauf der höheren Schul- und Universitätsbildung stark. Benin, Guinea, Niger, Mali und Burkina Faso etwa gehören weltweit zu den zehn Ländern mit der stärksten Ungleichheit im Sekundärschulbereich.<sup>8</sup> Grund hierfür ist das traditionelle Familienbild in Westafrika, das für viele Mädchen nach wie vor eine Zukunft als gehorsame Ehefrau vorsieht; Eltern erziehen ihre Töchter demnach unter diesen Gesichtspunkten. Früh-ehen sind in der Region auch heute noch weit verbreitet: die Rate ist hier eine der höchsten weltweit. In Burkina Faso, Mali und Guinea wird über die Hälfte der Mädchen vor ihrem 18. Geburtstag verheiratet; in Niger sind es sogar 75 Prozent.<sup>9</sup> Frühe Heirat ist eines der Haupthindernisse für eine fundierte, abgeschlossene Ausbildung, und einer der primären Gründe für spätere soziale Isolation. Auch Polygamie ist nach wie vor verbreitet und bestärkt bei Männern zudem das Bewusstsein, Frauen seien als ihr Eigentum zu betrachten; Selbstständigkeit und Selbstbewusstsein der betroffenen Personen leiden darunter.

Westafrikas Frauen sind tagtäglich dem Kampf gegen diskriminierende Reglementierungen, Vorurteile und Einschüchterung, rechtliche Benachteiligung, wirtschaftliche Abhängigkeit sowie eingeschränkten Zugang zu Bildung ausgesetzt. Eine stärkere Teilhabe an politischen Prozessen wird ihnen unter diesen Bedingungen nachhaltig erschwert. Während der Anteil weiblicher Abgeordneter im globalen Durchschnitt bei etwa 20 Prozent liegt, beläuft sich diese

Größe in Westafrika entsprechend auf nur 14 Prozent. Das Schlusslicht bildet Nigeria mit knapp sieben Prozent.<sup>10</sup>



**Bild 2:** Karte „Anteil der Frauen in westafrikanischen Parlamenten“, Quelle der Daten: Inter-Parliamentarian Union (2013); Women in National Parliaments Database; eigene Darstellung.

### Eingerissene Hürden: der Fall Senegal

Mit einem Anteil von fast 43 Prozent weiblicher Abgeordneter sticht Senegal sowohl im globalen als auch im westafrikanischen Vergleich deutlich positiv heraus. Bei der Wahl 2012 konnte die Proportion zugunsten von Frauen im Parlament fast verdoppelt werden und liegt damit weltweit nun auf Platz sechs.<sup>11</sup> Grund ist ein neues Gleichstellungsgesetz, demzufolge sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene Wahllisten nur zulässig sind, wenn sie mindestens 50 Prozent weibliche Kandidaten aufweisen. Derartige Quotenregelungen können ein wirkungsvolles Instrument sein, um den Anteil von Frauen im Parlament zu erhöhen: von den 26 Parlamenten mit der weltweit höchsten geschlechtlichen Gleichstellung verfügen 20 über eine Quotenregelung.<sup>12</sup> In der Region Westafrika verfügen neben Senegal gegenwärtig auch Burkina Faso, Kap Verde, Mauretanien, Niger und Togo über ähnliche Regelungen, wengleich Umsetzung und genaue Quoten variieren.<sup>13</sup>

Zwar sind Quoten eine schnell greifende und effektive Methode, um Frauen den Ein-

stieg in die Politik zu erleichtern; sie dürfen jedoch nicht, wie häufig der Fall, als Allheilmittel angesehen werden. Ungleichheiten bleiben oft auch über die Einführung einer solchen Regelung hinaus bestehen, was zur Folge haben kann, dass viele Frauen auch weiterhin eine politische Tätigkeit nicht in Betracht ziehen. Ein bedeutsames Hindernis stellt hierbei oft der Mangel an Bildung dar, der es vielen westafrikanischen Frauen nicht erlaubt, sich aktiv und effektiv ins politische Leben einzubringen. Fundierte Lese- und Schreibkenntnisse sind notwendige Voraussetzungen für aktive politische Teilhabe, ebenso wie ausreichende Sprachkenntnisse in den Amtssprachen Französisch bzw. Englisch und Portugiesisch, um politische Diskussionen verfolgen zu können und Gesetzestexte zu verstehen. Bildungsungleichheit wirkt sich zudem negativ auf das Selbstbewusstsein aus und führt unter Umständen dazu, dass Frauen von einer politischen Tätigkeit absehen, aus Angst, ihren männlichen Konkurrenten unterlegen zu sein.

Um ihren Wahlkampf zu finanzieren, greifen männliche Kandidaten üblicherweise auf ihr eigenes Vermögen und das ihrer Frau zurück, und haben oft die Möglichkeit, zusätzliche Mittel durch zumeist männliche Unterstützer aufzubringen. Frauen hingegen verfügen gewöhnlich über kein unabhängiges Vermögen und haben wenig oder keinen Zugang zu den nötigen Netzwerken zur Mittelakquise. Ihre Anhänger sind meist ebenfalls weiblich und daher nur selten imstande, finanzielle Hilfe zu leisten. Entsprechend fehlen ausreichende Mittel für einen wirkungsvollen Wahlkampf oder für die oft hohen Gebühren einer Kandidatur.

Weiterhin von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die vor allem in ländlichen Regionen vorherrschende Meinung, Frauen sollten sich nicht im öffentlichen Bereich betätigen. Politik wird oft mit Eigenschaften wie physischer Stärke, Autonomie und Rationalität verbunden, welche vorrangig Männern zugeschrieben werden; gleichzeitig birgt eine politische Tätigkeit die Gefahr, als

Frau moralisch in Verruf zu geraten, da Reisen, Nächte außer Haus und Treffen mit fremden Männern im politischen Betrieb an der Tagesordnung sind. In Sierra Leone kandidierte Elizabeth Torto, eigentlich direkte Nachkommin eines früheren Häuptlings 2009 für die Häuptlingswahl in ihrem Bezirk. Im Verlauf des Wahlkampfes hatte sie derart mit Einschüchterung und Drohungen zu kämpfen, dass sie schließlich unter Steinhagel in einem UN-Helikopter ausgefliegen werden musste. Genährt werden Vorurteile bislang von traditionellen Autoritäten, die, aus Angst um ihre eigene Macht, die Meinung vertreten, es verstoße gegen die Tradition, dass Frauen eine öffentliche Rolle wie die der Politikerin einnehmen. Vor allem in islamisch geprägten Ländern, so etwa in Nigeria, wird oft auf Grundlage des traditionell-religiösen Rechts argumentiert, Frauen seien nicht berechtigt, Männern vorzustehen und Führungspositionen zu übernehmen. Der Widerstand, auch aus dem eigenen familiären Umfeld, ist für politisch ambitionierte Frauen entsprechend groß.

Es kann daher nicht ausreichend sein, durch Quotenregelungen den Frauenanteil in der Politik zu erhöhen. Um strukturelle Voraussetzungen für eine effektive und gleichberechtigte Rolle der westafrikanischen Frau in der Politik zu schaffen, bedarf es eines integrierten Ansatzes, der ein grundsätzliches Umdenken in großen Teilen der Bevölkerung erfordert.

### **Konflikt als Chance: der Fall Liberia**

Westafrika kann jedoch neben dem genannten Beispiel aus dem Senegal noch weitere Erfolge bei der politischen Stärkung von Frauen verzeichnen. Bestes Exempel dafür ist die Wahl von Ellen Johnson-Sirleaf zur Präsidentin Liberias im Jahr 2005 und damit zur ersten Afrikanerin im obersten Staatsamt. Am Fall Liberia wird deutlich, dass die Gleichstellung der Frau in Westafrika durchaus möglich, dazu aber auch ein tiefgreifender und alle Bevölkerungsschichten erfassender Gesinnungswandel not-

wendig ist. Die liberianische Erfolgsgeschichte spielt paradoxerweise in einem Nachkriegsschauplatz. Kurz hintereinander tobten in Liberia von 1989 bis 2003 zwei verheerende Bürgerkriege; die physische und institutionelle Infrastruktur des Landes wurde größtenteils vernichtet. Auch eine Reihe anderer Länder, die durch hohe Partizipation von Frauen in der Politik überraschen, sind Nachkriegsländer – so etwa Ruanda, Burundi oder Nepal. Hier stellt sich – bei allem Grauen vor dem Terror bewaffneter Konflikte – die Frage, ob es in diesen Ländern womöglich gelang, den Umsturz politischer und gesellschaftlicher Institutionen zu nutzen, um die Weichen für eine neue Gesellschaftsordnung zu stellen.<sup>14</sup> Fest steht jedenfalls, dass Liberias Frauen in der Lage waren, die Chancen zu nutzen, die sich ihnen im Rahmen des Wiederaufbaus ihres Landes in Gesellschaft und Politik auftaten.

Die gesellschaftliche Lücke, welche die kriegsbedingte Abwesenheit der Männer in Liberia verursachte, mussten viele Frauen ausfüllen, indem sie Aufgaben als neue Familienoberhäupter übernahmen. Die aus der Not geborene, plötzliche Ausübung traditionell männlicher Tätigkeiten und die Wahrnehmung von Führungspositionen auf lokaler Ebene vermittelte diesen Frauen ein Bewusstsein für ihre Leistungsfähigkeit und die Legitimität ihrer Partizipation im politischen Betrieb. Einigen gelang es, sich im Verlauf des Krieges wertvolle Netzwerke aufzubauen, Vermögen zu erwirtschaften und männliche Unterstützung zu sichern; Frauenbewegungen wurden gegründet, die maßgeblich am Friedensprozess beteiligt waren. Ihr Engagement trug dazu bei, zwischen den Kriegsparteien zu vermitteln und die Unterzeichnung eines Friedensvertrags zu erwirken. Cecilia Danuweli beispielsweise, heute liberianische Grassroot-Aktivistin, wagte während der Bürgerkriege den Schritt, sich von traditionellen Rollenbildern zu befreien und aktiv ins politische Leben einzubringen. Ihr Engagement für soziale Gerechtigkeit entfachte sich an der Konfron-



tation mit Gewalt gegen Frauen und Kinder. Im Jahr 2002 schloss sie sich nach Jahren der Flucht und Entbehrung dem *West African Network for Peacebuilding* an. Gemeinsam mit anderen Frauen kämpfte sie gewaltlos für den Frieden in Liberia und setzt sich bis heute für die Rechte der Frauen ein.



**Bild 3:** „Frauen in Liberia bereiten sich auf einen Friedensmarsch vor“, Quelle: UN Photo by Eric Kanalstein.

Ermutigt durch ihr neu erlangtes Selbstbewusstsein blieben Liberias Frauen auch nach dem Krieg politisch aktiv, forderten mehr Rechte und Mitsprache und machten Männern Führungspositionen streitig. Die gesellschaftliche Akzeptanz für weibliche politische Beteiligung war während des Friedensprozesses stark angewachsen. Im Vorfeld der ersten Nachkriegswahlen im Jahr 2005 spielten zivilgesellschaftliche Frauenbewegungen daher eine sichtbare und ernstzunehmende Rolle. Nach ihrem historischen Wahlsieg berief Johnson-Sirleaf eine Reihe weiblicher Politiker in hohe, bisher von Männern besetzte Regierungsämter. Heute, in ihrer zweiten Legislaturperiode, sind 31 Prozent ihres Kabinetts von Frauen besetzt, einschließlich des Justiz- und des Handelsministeriums.<sup>15</sup> Zudem ernannte die Präsidentin zum ersten Mal eine Frau zur Generalinspektorin der Polizei und sandte Botschafterinnen in eine Reihe politisch relevanter Länder, sowie zu den Vereinten Nationen. Dieses ermutigende Beispiel zeigt: auch wenn Rollenverständnisse in Westafrika tief verankert sind, so sind sie doch grundsätzlich zum Wandel in der Lage. In Liberia hat ein einschneidendes Ereignis einen Prozess ausgelöst, der die gesellschaftliche Rolle der Frau fundamental veränderte, so dass eine demokratisch

gewählte Frau nun das höchste Staatsamt bekleidet.

### **Buschfeuer der Reformen: der Fall Sierra Leone**

Wie tief verankert Vorurteile sein können und wie gesellschaftliche Reformbewegungen an ihnen scheitern, wird hingegen deutlich, wenn man die Entwicklungen in Sierra Leone betrachtet. Ähnlich wie in Liberia litt auch Sierra Leone in der jüngeren Vergangenheit an einem langjährigen Bürgerkrieg. Auch hier beteiligten sich Frauen maßgeblich am Friedensprozess, so etwa in Form von Appellen an befeindete Kriegsparteien und durch Treffen mit Regierung und internationaler Gemeinschaft. Es gelang ihnen, unparteiisch und ohne Konfrontation den öffentlichen Dialog anzuregen und Druck für eine Verhandlungslösung auszuüben. Die ersten Wahlen nach Beendigung des Krieges im Jahr 2002 eröffneten auch in Sierra Leone Frauen den Zugang zu politischer Beteiligung. Der Anteil weiblicher Parlamentarier verdoppelte sich im Vergleich zum Vorkriegs-Parlament auf etwa 15 Prozent.<sup>16</sup>

Während politische Partizipation somit zwar in stärkerem Maße ermöglicht wurde, dominierten alte Vorurteile und Differenzen bald wieder den politischen Alltag und machten erlangte Erfolge mittelfristig wieder zunichte. Viele Parlamentarierinnen mussten später Beleidigungen, Drohungen und sogar körperliche Angriffe über sich ergehen lassen. Aufgrund mangelnder parteiinterner Unterstützung gelang es den meisten von ihnen nicht, sich die für ein Überleben im politischen Geschäft so bedeutsame Infrastruktur aus Netzwerken, Verbündeten und Förderern aufzubauen. Nach der Wahl standen sie ihren Aufgaben daher überfordert und ohne Unterstützung gegenüber. In der Folge wurden Frauen im politischen Betrieb daher oft als unfähig abgestempelt; genährt wurden derartige negative Bilder durch einseitige oder gar boshafte mediale Berichterstattung.

### Projekte der HSS

Benin nimmt im Bereich geschlechtsspezifischer Gleichbehandlung weltweit einen der hinteren Plätze ein: laut Studien erzielt das Land Platz 117 von 135.<sup>17</sup> Der kleine westafrikanische Küstenstaat weist demnach ein erstaunlich hohes Maß an genderspezifischer Diskriminierung auf. Um Frauen in Benin nachhaltig zu stärken, führt die Hanns-Seidel-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Union des Femmes Aboméennes pour la Démocratie et le Développement (UFADD) seit 2000 ein erfolgreiches Trainingsprojekt durch.

In zweitägigen staatsbürgerlichen Bildungsseminaren wird das Bewusstsein der Frauen für Bürgerrechte und -pflichten gestärkt und somit ihre aktive Teilhabe an Gesellschaft und Wirtschaft gefördert. Die Workshops thematisieren verschiedene wirtschaftliche und sozio-politische Fragen, so etwa die Verwaltung kommunaler Angelegenheiten, Einkommen erzeugende Aktivitäten, Steuern und Subventionen sowie Rechte und Verantwortung in einer Demokratie.

In den vergangenen zehn Jahren hat das Projekt mehr als 2.500 Frauen erreicht. Um in Zukunft weitere Bürger jeden Alters und aller Bevölkerungsschichten zu mobilisieren, wurde die Maßnahme „Wandernde Schulungen“ entwickelt. Seit Beginn dieses Jahres wirken bereits geschulte Frauen als Multiplikatoren und tragen das erworbene Wissen auch in entfernte Stadtteile und Regionen. Die Hanns-Seidel-Stiftung leistet durch die Unterstützung von UFADD somit einen wertvollen Beitrag für die zivilgesellschaftliche und politische Qualifizierung beninischer Frauen und fördert den Wandel des Rollenverständnisses in dem westafrikanischen Staat. Es ist geplant, dieses Modell auch in die Nachbarländer zu übertragen.

Die positiven Tendenzen politischer Partizipation von Frauen in Sierra Leone konnten sich folglich nicht durchsetzen. Der An-

teil weiblicher Abgeordneter fiel bei den Folgewahlen im Jahr 2007 zunächst auf 13 Prozent und liegt seit der Wahl im vergangenen Jahr bei nur noch zwölf Prozent.<sup>18</sup> Vor ähnlichen Schwierigkeiten stehen aktive Politikerinnen auch in anderen westafrikanischen Ländern. Nach ihrer Wahl haben sie oft mit starker Ungleichbehandlung zu kämpfen; daraus resultierende Misserfolge können Vorurteile verstärken und zuvor erfolgte Errungenschaften langfristig zunichtemachen.

### Aus Benachteiligung wird Beteiligung

Die drei Fallbeispiele machen deutlich: um eine nachhaltige politische Beteiligung der Frau in Westafrika zu fördern, bedarf es eines tiefgreifenden kulturellen Wandels in allen Schichten von Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft. Dieser Wandel muss so dann im institutionellen Rahmenwerk der Länder manifestiert werden, um strukturelle Ungleichheiten, die Frauen von der Politik ausschließen, zu überwinden. Ein mögliches Instrument hierfür ist die Einführung einer Quotenregelung, wie das Beispiel Senegal wirkungsvoll aufzeigt. Quoten sind geeignet, Frauen den Zugang zur Politik zu erleichtern und ihren proportionalen Anteil im Parlament zu erhöhen. Sie sind jedoch keine Allzweckwaffe, wie die Entwicklungen in Sierra Leone beweisen. Auch wenn Frauen erleichterten Zugang zur Politik erhalten, sei es durch Gesetzgebung oder anderweitig, kann das Vorherrschen konservativer kultureller Strukturen ihre politische Aktivität weiterhin beeinträchtigen. Die reine Erhöhung der Quantität weiblicher Politiker hat nicht zwingend eine qualitative Stärkung ihres Partizipationspotentials zur Folge. Vielmehr kann der Erfolg solch einer Strategie nur in Begleitung vielschichtiger Maßnahmen erzielt werden, die einen ganzheitlichen Bewusstseinswandel in Staat und Gesellschaft nachhaltig fördern.

Auch wenn vielerorts die effektive politische Teilhabe westafrikanischer Frauen

noch in weiter Ferne liegt: angesichts der in der Region kulturell tief verankerten Ungleichbehandlung von Frauen in fast allen gesellschaftlichen Bereichen, sind die Entwicklungen der letzten Jahre durchaus vielversprechend. Die Entwicklungen in Liberia und Sierra Leone haben ein Umdenken angestoßen, in Zuge dessen die Rolle der Frau neu definiert wird. Länder wie Senegal, Kap Verde und Mauretanien, deren Politikbetriebe inzwischen auch stark von Frauen geprägt werden, dienen als Vorbilder für die gesamte Region. Langfristig können es sich die Staaten Westafrikas nicht mehr leisten, Frauen weiterhin aus dem politischen Leben auszuschließen. Ihre Integration in die demokratischen Prozesse der Länder garantiert die Grundpfeiler einer stabilen und gesunden Demokratie, in der die Belange aller Interessengruppen gewahrt werden müssen. Einzelne Persönlichkeiten, wie etwa Johnson-Sirleaf, Präsidentin Liberias und Friedensnobelpreisträgerin, Fatou Bensouda aus Gambia, Chefanklägerin beim Internationalen Gerichtshof oder Leymah Gbowee, liberianische Bürgerrechtlerin und Friedensnobelpreisträgerin, beweisen, dass afrikanische Frauen in der Lage sind, sich auf politisch höchstem Niveau zu behaupten und als Entscheidungsträger zu agieren. Ihre Erfolgsgeschichten sind eine hoffnungsvolle Botschaft an die weibliche Bevölkerung Westafrikas, ihr Potential auszuschöpfen und die Zäune, die sie derzeit einschränken, zu überwinden.

## || DEMIAN REGEHR

Projektleiter Ghana

Unter Mitarbeit von Laura Peitz, Praktikantin bei der Hanns-Seidel-Stiftung Westafrika.

## ANMERKUNGEN

- 1 Bannerman, J.Y. (1974): Mantse-Akan Mbebusen (Ghanaian Proverbs), S. 19.
- 2 Dies sind Benin, Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Ghana, Nigeria, Senegal und Sierra Leone.
- 3 Vgl. IFAD (n. d.): Two aspects of women's workload in West Africa, URL <http://www.ifad.org/gender/learning/role/workload/61.htm> [30.04.2013].
- 4 Vgl. IRIN (2007): Niger: Rape and beatings of women seen as "normal", URL <http://www.irinnews.org/Report/75720/NIGER-Rape-and-beatings-of-women-seen-as-normal> [30.04.2013].
- 5 Vgl. Moore, A. R. (2008): Types of Violence against Women and Factors Influencing Intimate Partner Violence in Togo (West Africa), in: *Journal of Family Violence*, 23(8), S. 777 – 783.
- 6 Mali (34 %), Benin (45 %), Sierra Leone (50 %), Guinea (57 %), Gambia (62 %), Cote d'Ivoire (62 %), Vgl. Weltbank (2013): Literacy rate, youth female, URL <http://data.worldbank.org/indicator/SE.ADT.1524.LT.FE.ZS> [30.04.2013].
- 7 Vgl. Pearce, C. (2009): From closed books to open doors – West Africa's literacy challenge, S. 6.
- 8 Vgl. Weltbank (2013): Progression to secondary school, female (%), URL <http://data.worldbank.org/indicator/SE.SEC.PROG.FE.ZS/countries> [30.04.2013].
- 9 Vgl. Unicef (2013): Percentage of women aged 20-24 who were first married/in union before the age of 18, URL [http://www.childinfo.org/marriage\\_country\\_data.php](http://www.childinfo.org/marriage_country_data.php) [30.04.2013].
- 10 Vgl. Inter-Parliamentarian Union (2013): Women in National Parliaments Database, URL <http://www.ipu.org/wmn-e/world.htm> [30.04.2013].
- 11 Vgl. Ebd.
- 12 Vgl. Ballington, J. (2010): Implementing Affirmative Action: Global Trends', *IDS Bulletin* 41.5, S. 11-16.
- 13 Vgl. Quota Project (2013), URL <http://www.quota-project.org/> [30.04.2013].
- 14 Zur Rolle der Frau in Postkonfliktsituationen siehe beispielsweise Bauer, G. (2006): *Women in African Parliaments*, Boulder Co; Falch, A. (2010): *Women's Political Participation and Influence in Post-Conflict. Burundi and Nepal*, in: *PRIO Paper*; Fuest, V. (2008): This is the Time to get in Front: Changing Roles and Opportunities for Women in Liberia, in: *African Affairs* 102, S. 201-224; Kellow, T. (2010): *Women, Elections and Violence in West Africa. Assessing women's political participation in Liberia and Sierra Leone*, in: *International Alert*; Sow, N. (2012): *Women's political participation and economic empowerment in post conflict countries. Lessons from the Great Lakes region in Africa*, in: *International Alert*.
- 15 Vgl. Executive Mansion (2012): *Women's participation Increases in President Sirleaf's New Government; Representation in Legislature Still Below Proposed 30 Percent Threshold*, URL [http://www.emansion.gov.lr/2press.php?news\\_id=2264&related=7&pg=sp](http://www.emansion.gov.lr/2press.php?news_id=2264&related=7&pg=sp) [30.04.2013].
- 16 Vgl. Inter-Parliamentarian Union (2013).
- 17 Vgl. Hausmann, R. / Tyson, L. / Zahidi, S. (2012): *The Global Gender Gap Report 2012*. World Economic Forum.
- 18 Vgl. Ebd.